

Brüssel, den 17. Juli 2008

Hilfe für Libanon: Europäische Kommission erfüllt ihre Zusage

Im Jahr 2008 wird die Europäische Kommission für Libanon im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik insgesamt 42 Mio. EUR bereitstellen. In erster Linie soll damit die Entwicklung des Privatsektors, die lokale Entwicklung in Nordlibanon und die Modernisierung des Justizwesens unterstützt werden.

Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, erklärte hierzu: „Nach dem Doha-Abkommen und der Regierungsbildung steht Libanon vor einer Vielzahl von Herausforderungen. So sollen vor den Wahlen im nächsten Jahr politische Reformen durchgesetzt und im libanesischen Volk neues Vertrauen in Regierung und Verwaltung geschaffen werden, um die Wirtschaft wiederzubeleben. Ich habe immer betont, dass wir die libanesischen Regierung auf diesem schwierigen Weg weiter begleiten werden. Die weitere Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, ein stärkerer Privatsektor und der Wiederaufbau in dem Gebiet Nahr-al-Bared in Nordlibanon tragen sowohl zur politischen als auch wirtschaftlichen Stabilisierung Libanons bei.“

Die drei Prioritäten im Aktionsprogramm 2008 sind:

1. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Privatsektors (14 Mio. EUR) mit dem Ziel, Dienstleistungen und Finanzinstrumente zur Unterstützung von Unternehmen zu verbessern, wobei der besondere Schwerpunkt auf Innovation und einer weiteren Modernisierung des nationalen Qualitätssicherungssystems liegen soll.
2. Unterstützung der lokalen Entwicklung in Nordlibanon (18 Mio. EUR), die durch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung insbesondere im Landwirtschaftssektor den ärmsten Regionen Libanons zugute kommen soll. Die aktive Teilnahme der lokalen Bevölkerung spielt bei der Umsetzung eine wichtige Rolle, da dieses Projekt darauf abzielt, die wirtschaftlichen Folgen des bewaffneten Konflikts rund um das Flüchtlingslager im Nahr-al-Bared-Gebiet abzufedern.
3. Das Ziel der Modernisierung des libanesischen Justizwesens (10 Mio. EUR) besteht darin, durch die vermehrte Nutzung der Informationstechnologie die Bearbeitung von Rechtssachen in den libanesischen Gerichten zu verbessern. Ferner wird das Projekt dem Institut für Rechtswissenschaften die notwendigen Mittel bereitstellen, um Richtern Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten zu können.

Hintergrund

Die Hilfe für Libanon im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik beläuft sich im Zeitraum 2007-2010 auf 187 Mio. EUR. Im Rahmen des Jahresaktionsprogramms 2007 wurden für das Land 50 Mio. EUR bereitgestellt, die zugunsten einer wirtschaftlichen Erholung, der Umsetzung politischer Reformen, der Schaffung eines besseren Zugangs zu Finanzierungsmöglichkeiten sowie der Räumung von Minen und nicht zur Wirkung gelangter Sprengkörper eingesetzt werden. Ferner werden damit Bildungsmaßnahmen für palästinensische Flüchtlinge im Libanon unterstützt. Das Programm umfasst auch einen Beitrag der Europäischen Kommission in Höhe von 15 Mio. EUR zu einem Globaldarlehen der Europäischen Investitionsbank (100 Mio. EUR) für direkt oder indirekt von dem Konflikt betroffene kleine und mittlere Unternehmen. Zusätzliche Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft wurde ferner durch andere Gemeinschaftsinstrumente bereitgestellt. So erhielten die Opfer der Kämpfe, die rund um das Flüchtlingslager im Nahr-al-Bared-Gebiet ausbrachen, 4,7 Mio. EUR Soforthilfe. Im Rahmen des Stabilitätsinstruments wurden der Wiederaufbau des Flüchtlingslagers mit 6,8 Mio. EUR, ein Pilotprojekt im Bereich Grenzverwaltung in Nordlibanon mit 2 Mio. EUR sowie die Verbesserung der strafrechtlichen Ermittlungstechniken mit 0,4 Mio. EUR unterstützt.

Weitere Angaben über die Beziehungen zwischen der EU und Libanon finden Sie auf folgender Website: http://ec.europa.eu/external_relations/libanon/index_en.htm